



PRESSEMITTEILUNG

Nr.296/GP

08.09.2023

Holetschek fordert mehr Geld vom Bund für die Arztpraxen - Bayerns Gesundheitsminister als Redner bei Berliner Kundgebung des Verbandes medizinischer Fachberufe am Brandenburger Tor

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung aufgefordert, die ambulante ärztliche Versorgung zu stärken. Holetschek sagte anlässlich einer Kundgebung des Verbandes medizinischer Fachberufe am Freitag vor dem Brandenburger Tor in Berlin: „Zu einer Stärkung der ambulanten Versorgung gehört für mich unweigerlich eine größere Wertschätzung für die medizinischen Fachangestellten. Die medizinischen Fachangestellten sind das Rückgrat der Haus-, Fach- und Zahnarztpraxen. Sie tragen mit ihrem Einsatz einen erheblichen Teil dazu bei, die Gesundheitsversorgung vor Überlastung zu schützen.“

Der Minister forderte: „Deswegen wäre es in der aktuellen wirtschaftlichen Krisensituation angezeigt, dass der Bund die Praxen stärker unterstützt. Die Bundesregierung sollte bei den rechtlichen Vorgaben für die Festlegung der Honorare der Ärztinnen und Ärzte ansetzen, um ihnen mehr wirtschaftlichen Spielraum zu geben. Das gilt nicht nur für Haus- und Fachärzte, sondern auch für die Zahnärzte. Das käme letztlich auch den medizinischen Fachangestellten zugute. Dabei müsste aber bedacht werden, dass wir zuallererst die Gesetzliche Krankenversicherung finanziell stabilisieren muss, damit sie für alle Versicherten bezahlbar bleibt. Ein wichtiger Schritt wäre auch, endlich die längst überfällige Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) ebenso wie für die Zahnärzte anzugehen.“

PRAXEN BEI DIGITALISIERUNG NICHT ALLEIN LASSEN

Holetschek ging auch auf die tragende Rolle der Arztpraxen bei der Digitalisierung ein. Er rief Bundesgesundheitsminister Lauterbach auf, die Praxen und ihr Personal dabei stärker zu unterstützen. Holetschek betonte: „Die Ärzte und die Praxisteams tragen die Hauptlast der digitalen Transformation, die wir so dringend im Gesundheitswesen brauchen. Dafür bekommen sie von der Bundesregierung bislang nichts, nicht einmal warme Worte. Sinnvoll wäre eine vom Bund getragene Fortbildungsoffensive für die Mitarbeitenden. Auch eine geförderte Weiterbildung zu ‚Digitalisierungsbeauftragten‘ wäre ein konstruktiver Schritt. Ich rufe Herrn Lauterbach auf, mit einem Praxiszukunftsgesetz die Digitalisierung in der Fläche voranzutreiben, ohne die Praxen zu überfordern.“



[Holetschek hatte am Donnerstag im Deutschen Bundestag an der Haushaltsdebatte teilgenommen und Lauterbachs Etat-Entwurf scharf kritisiert.](#)

Dabei hatte er vor künftig steigenden Beiträgen für Kranken- und Pflegeversicherung gewarnt und zugleich die geplanten massiven Leistungskürzungen kritisiert.

LAUTERBACH MUSS SICH GEGEN FINANZMINISTER DURCHSETZEN

Holetschek betonte am Freitag: „Allein bei der gesetzlichen Krankenversicherung steuert Lauterbach 2024 auf ein Defizit von bis zu sieben Milliarden Euro zu. Ohne Gegenmaßnahmen müssen wir davon ausgehen, dass der Zusatzbeitrag um 0,2 bis 0,4 Prozentpunkte steigen könnte.“

Der Minister fügte hinzu: „Lauterbach muss das den Menschen ehrlich sagen. Besser noch wären aber Maßnahmen, um höhere Beiträge zu verhindern. Dazu gehört vor allem, dass der Bund einerseits den Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen angemessen erhöht und andererseits endlich die skandalöse Unterfinanzierung für die pflichtversicherten Bezieher von Bürgergeld beseitigt. Damit wäre man einen großen Schritt weiter. Aber der Bundesfinanzminister mauert. Ich kann Lauterbach deshalb nur raten, wichtige gesundheitspolitische Schritte vehement gegenüber dem Bundesfinanzminister zu vertreten.“